

c/o Martin Krenn (KOO)
Türkenstraße 3/3
A-1090 Wien
m.krenn@koo.at

Frau Bundesministerin
Elisabeth Köstinger
Stubenring 1
1010 Wien

Wien, 12. März 2019

**Vorschlag der Schweiz, EIG und anderen zu einer UNEA Resolution bezüglich
Governance von Geoengineering**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Elisabeth Köstinger,

Derzeit findet die vierte Session der UN Environmental Assembly (UNEA-4) in Nairobi statt. Dabei bringt die Schweiz, unterstützt von der Environmental Integrity Group und einigen Entwicklungsländern, einen Vorschlag für eine [UNEA Resolution zur Governance von Geoengineering](#) ein. Die Allianz für Klimagerechtigkeit, eine Plattform von 25 Umwelt-, Entwicklungs- und sozialen Organisationen, sieht diesen Vorstoß der Schweiz als wichtigen Impuls. Damit wird das Thema Geoengineering nicht nur in den einzelnen Konventionen (z.B. Convention on Biological Diversity, London Protocol to the London Convention, Framework Convention on Climate Change) behandelt, sondern es können auf der übergeordneten Ebene der UN Environmental Assembly richtungsweisende Entscheidungen getroffen werden. Jedoch sehen wir im derzeitigen Vorschlag der Schweiz bedenkliche Richtungsvorgaben, welche das aktuelle de-facto Moratorium (CBD Entscheidung X/33) auf Geoengineering beiseiteschieben könnten und Gefahr laufen, wichtige Interessensgruppen zu exkludieren.

Geoengineering ist aus unserer Sicht eine Gefahr für globalen Frieden und Sicherheit. Die Anwendung von Technologien wie Solar Radiation Management können zu einem globalen Machtkampf um die Kontrolle ihrer Steuerung führen. Außerdem sind manche dieser Technologien ebenso als Waffensysteme einsetzbar. Jene bereits heute von der Erderhitzung besonders stark betroffenen Menschen würden u.a. durch veränderte Niederschläge verstärkt Schaden erleiden. Ebenso kann die Investition in [Geoengineering zu einer Verschlimmerung der Klimakrise](#) führen, wenn dadurch Investitionen in einen raschen Aufbau eines emissionsarmen Wirtschaftssystems verschleppt werden.

Daher ist unser dringliches Anliegen, dass Österreich sich auf der UNEA dafür einsetzt, dass der Vorschlag der Schweiz in folgenden Punkten verbessert wird (angelehnt an [Vorschläge weiterer NROs](#)):

- Die Entscheidungen anderer UN Institutionen, wie CBD und London Convention/London Protocol müssen als Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen über Governance Mechanismen für Geoengineering dienen und dürfen nicht übergangen werden.
- Das Vorsorgeprinzip muss als zentrale Leitlinie des Umweltrechts und der Governance anerkannt werden.

- Während die weitreichenden und vielschichtigen Auswirkungen der Tests und Anwendungen von Geoengineering-Technologien geprüft werden, muss auch das Risiko für die Gesellschaft – insbesondere in Entwicklungsländern – in Bezug auf Ernährungssicherheit, Frieden und Sicherheit, Demokratie und besonders gefährdete Gruppen wie Frauen, Indigene und Kinder inkludiert werden.
- Die Zusammensetzung der von der Schweiz vorgeschlagenen Ad Hoc Expert Group muss frei von Interessenskonflikten sein. Eine Teilnahme von Vertreter/innen der Fossilen Energie Industrie, Investor/innen oder andere Stakeholder von Geoengineering-Unternehmen und Wissenschaftler/innen mit Patenten auf Geoengineering oder anderen wirtschaftlichen Interessen an der Verbreitung dieser Technologien müssen über eine klare Interessenskonflikt-Bestimmung ausgeschlossen werden.
- Ein mehrstufiger Review-Prozess der vorgeschlagenen Analyse zu Geoengineering muss für Regierungen und Zivilgesellschaft die Möglichkeit von Expert/innen-Kommentaren zu den Entwürfen sicherstellen.

Neben der zur Diskussion stehenden Resolution wollen wir daran erinnern, dass eine Einhaltung des aktuell gültigen globalen Moratoriums auf Geoengineering oberste Priorität haben muss, was derzeit nicht überall gegeben ist.

Wir hoffen, dass Sie unsere Anregungen trotz der Kurzfristigkeit berücksichtigen können und damit möglicherweise großen Schaden von den Bürgerinnen und Bürgern Österreichs und auch der Weltgemeinschaft abhalten können.

Mit freundlichen Grüßen,



Martin Krenn
Sprecher der Allianz für Klimagerechtigkeit

Allianz für Klimagerechtigkeit – Austrian Alliance for Climate Justice

Die Allianz für Klimagerechtigkeit dient als dauerhafte Themenplattform österreichischer Nichtregierungsorganisationen (NROs), die in den Bereichen Umwelt, Entwicklungszusammenarbeit (EZA), Soziales und Humanitäre Hilfe tätig sind. Sie setzt sich für mehr Klimaschutz in Österreich und internationale Klimagerechtigkeit ein und will Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen Klima und Entwicklung bei der breiten Öffentlichkeit, MeinungsbildnerInnen, Behörden und EntscheidungsträgerInnen schaffen.

www.klimaallianz.at

Die Mitglieder der Allianz für Klimagerechtigkeit

